

Neustadt an der Aisch, den 15. Dezember 2022

## Haushaltsrede 2023

Sehr geehrter Herr Landrat Weiß, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst ein großes Dankeschön an Frau Ripka und ihre Kolleginnen und Kollegen in der Kämmerei, die den Haushalt erstellt haben und im Speziellen für die konstruktive Zusammenarbeit bezüglich der Hallengebühren in den vergangenen Monaten!

### **Daseinsvorsorge - Energieversorgungssicherheit**

Ich möchte weder wiederholen, was meine Vorredner bereits gesagt haben, noch möchte ich die Zahlen des Haushalts rezitieren. Ich möchte kurz darauf eingehen, was uns in diesem Haushaltsplan fehlt.

Wir hatten bereits im August einen Antrag gestellt, in dem wir gefordert haben, dass der Landkreis in Zusammenarbeit mit den Kommunen seiner und deren Aufgabe der Daseinsvorsorge hinsichtlich Energieversorgung nachkommt. Wir erleben, was es bedeutet, wenn es nicht mehr selbstverständlich ist, dass kostengünstige und immer verfügbare Energie aus der Steckdose oder dem Gasrohr kommt. Wir haben detailliert aufgezeigt, wie wir durch eigene Stromproduktion die Energiesicherheit unserer Bevölkerung verbessern können und gleichzeitig sicherstellen, dass die Wertschöpfung dieser Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien im Landkreis gesichert und nicht von externen Investoren verschoben wird. Dazu finde ich keinerlei Ansatz im vorgelegten Haushaltsentwurf und eine Beratung über unseren Antrag findet seit Monaten nicht statt.

### **Transparenz und Demokratie**

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Vorgehensweise bei unserem Kommunalunternehmen Kliniken des Landkreises. Zwar werden hier bei Investitionen oft 100% der förderfähigen Kosten finanziert, wobei hier der Teufel im Wort „förderfähig“ steckt. Wenn am Ende der Landkreis einen relevanten Teil der Finanzierung zu stemmen hat, dann gehören diese Entscheidungen in öffentlichen Ausschusssitzungen beraten und entschieden. Das Argument, dass es sich bei den Kliniken um ein sensibles Thema handelt und man daher mit öffentlichen Debatten vorsichtig sein müsse, können wir in vielen Teilen nicht nachvollziehen. Wenn etwas nicht öffentlich beraten werden muss, dann ist das selbstverständlich auch in einem Gremium des Kreises möglich. Bei allen anderen Themen sind wir davon überzeugt, dass man mit Transparenz Verunsicherung in der Bevölkerung reduziert und nicht steigert. Intransparenz und Falschinformation erzeugen Wut und Verunsicherung in bei Bürgerinnen und Bürgern – siehe Notarztsituation. Gleichzeitig ist unsere Krankenhausfinanzierung an Intransparenz nicht nur

in der Entscheidungsfindung kaum zu übertreffen. Hier wurde mal ein verpachtetes Grundstück des Landkreises kostenfrei überlassen, dessen Pachteinnahmen den Kliniken zufließen und dort wird mal nebenher eine weitere Investition vom Landkreis finanziert und nicht über das Kommunalunternehmen abgewickelt. Kein Mitglied des Kreistags hat eine realistische Chance zu erkennen, wie hoch die Subventionierung unserer Kliniken tatsächlich ist, da über zu viele verschiedene Zahlungsströme Fehlbeträge abgedeckt werden. Wir sind auch bei diesem Thema bereits an der Ausarbeitung eines entsprechenden Antrags.

### **Ökomodellregion**

Weiter fehlen diesem Haushalt die ausgeschlagenen Fördermittel durch eine Ökomodellregion. Der halbherzige Versuch ohne Fördermittel mit eigenen Kräften eine vergleichbare Situation zu schaffen ist zum Scheitern verurteilt. Entweder wir wenden nun den Personal- und Finanzaufwand selbst ohne jegliche Förderung auf oder wir können eben nichts vergleichbares schaffen. Beide Optionen sind schlechte Optionen und die Entscheidung gegen die Ökomodellregion ein Fehler, den wir nicht nachvollziehen können. Hier haben wir eine Chance verpasst!

### **Personal und Landratsamtserweiterung**

Und nun zu den großen Brocken, die im Haushalt und nicht mit unserer Vorstellung einer nachhaltigen Haushaltsführung im 21. Jahrhundert vereinbar sind.

Unabhängig welche Aufgabe an das Landratsamt herangetragen wird, ist die einzige und immergleiche Antwort getreu dem Motto unserer Mehrregion: Mehr Personal! Nachdem im aktuellen Jahr 18,32 Stellen geschaffen wurden, die noch teilweise durch den Betrieb der Impfzentren begründet sind, sollen es 2023 weitere 13,1 Vollzeitstellen werden. Mangels Kostenleistungsrechnung müssen wir uns auf das Bauchgefühl der Verantwortlichen verlassen, dass wir diesen Personalaufbau benötigen. Das stellt keine Grundlage für einen derartig gut ausgestatteten Personalapparat dar. Gleichzeitig soll uns dann noch vermittelt werden, dass wir vergleichbare Angebote wie über die Ökomodellregion ohne zusätzliches Personal bewältigen. Woher kommt plötzlich die Kapazität? Fakt ist aber, dass der entscheidende Grund, weshalb wir keine Stabilisierungshilfe mehr erhalten, der ist, dass wir „zu viel“ Personal haben. Statt ständig der Verantwortung alleine auf höhere Ebenen zu schieben, schaffen es andere Landkreise offensichtlich mit weniger Personal, da erhebliche Stabilisierungshilfen auch an Landkreise fließen. Aber warum sind uns die Stellenmehrungen überhaupt ein Dorn im Auge? Wir reduzieren unseren Spielraum im Vermögenshaushalt auf ein Minimum, wir erhalten keine Stabilisierungshilfe, wir entziehen Fachkräfte der freien Wirtschaft und – womit wir zum letzten wenig überraschenden Punkt kommen – begründet dieser Personalaufbau weitere Investitionen im Vermögenshaushalt, die uns für mehrere Jahre blockieren.

Natürlich spreche ich vom Landratsamtsanbau. Wo soll ich anfangen?

Beginnen wir mit den Kosten. Bei einer Zuführung zum Vermögenshaushalt von ca. 6 Mio.€ und keinerlei Förderung werden wir uns umgerechnet über zwei Jahre ausschließlich mit diesem Anbau beschäftigen. Spielraum für weitere wichtige Investitionen gibt es nicht! Wir haben aber so viel vor und sei es alleine die Sanierung des Landratsamts, die uns wahrscheinlich alleine eine Legislaturperiode „kosten“ wird. Nicht förderfähige Kosten bei Investitionen des

KU im achtstelligen Bereich sind unvermeidlich. Mit diesem Projekt entziehen wir u.a. Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen bei 50% Förderung umgerechnet 30 Mio.€. Das können und wollen wir nicht verantworten.

Wie wurde uns lehrerhaft bei der Forderung nach mehr als dem bereits veralteten Mindestenergiestandard erklärt? „Wir können das Geld nur einmal ausgeben.“ Natürlich refinanziert sich hier der dafür notwendige höhere Investitionsbetrag bei aktuellen Energiepreisen schneller als erwartet im Gegensatz zur Erweiterung an sich.

Weiter geht es mit der Rodung von ca. 50 Bäumen und ca. 2.000m<sup>2</sup> Hecke, wie der Ausschreibung im Amtsblatt zu entnehmen ist. Sind hier die Planer noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen oder weshalb ist dieses „Detail“ nicht mal eine Erwähnung wert? Herr Landrat, ist das die versprochene Transparenz und Zusammenarbeit, die am Anfang der Wahlperiode erwähnt wurde? Wir alle hier erfahren aus dem Amtsblatt, welche großen Rodungspläne für diesen Anbau nötig sind? Offenbar haben wir da unterschiedliche Vorstellungen von Transparenz und Kooperation. Die Bürgerinnen und Bürger, die teilweise das Amtsblatt nicht einmal erreicht, haben davon bis heute noch nichts erfahren. Nicht nur beim Klima- und Umweltschutz, sondern auch beim Thema demokratische Debatten und Transparenz wünschen wir uns, dass wir schnell im gar nicht mehr so neuen Jahrtausend ankommen.

Was beim Thema Landratsamtsanbau allerdings wirklich immer wieder enttäuschend ist, ist die mangelnde öffentliche Unterstützung aus manch anderer Fraktion. Bei Gesprächen auf dem Flur erhalten wir für unsere Ablehnung viel Zuspruch, der Stadtrat Neustadt an der Aisch lehnt über Parteigrenzen hinweg den Bauantrag ab und in so mancher Bürgerversammlung wird der Anbau als Irrsinn bezeichnet. Geht es dann aber um die Debatte und die Entscheidung, vermissen wir den Mut einiger Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. So hoch kann doch der ausgeübte Druck gar nicht sein, dass man sich hier den Mund verbieten lässt.

Letztlich ist dieser Haushaltsplan komplett aus der Zeit gefallen, lässt jede Spur von Nachhaltigkeit vermissen und wird von uns daher abgelehnt.

i.A. David Muck

Kreistagsfraktion - Bündnis 90/Die Grünen